



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SONDERAUSGABE

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

5. Januar 1952

aus der Schuman-Plan-Debatte des Französischen Parlaments
(Auszüge und Zusammenstellung R. P u x)

Zu der bevorstehenden Schuman-Plan-Debatte des Bundestages, 2. Lesung eines Gesetzes über "Europäische Gemeinschaft von Kohle und Stahl", geben wir Ihnen nachstehend Auszüge aus der Schuman-Plan-Debatte der Französischen Nationalversammlung:

Das französische Parlament hat mit Mehrheit den Schuman-Plan ratifiziert. Die französische Regierung hatte anlässlich dieses Ratifizierungsantrages die Vertrauensfrage gestellt, da die in der französischen Öffentlichkeit, insbesondere von Kreisen der Schwerindustrie gegen die Montan-Union vorgetragenen Bedenken evtl. eine Ablehnung erwarten ließen. Die Debatte im Parlament war entsprechend. Sie zeigte, daß seitens der französischen Wirtschaft die gleichen Bedenken bezüglich der Entwicklung der nationalen Industrien geäußert wurden wie in Deutschland. Unter diesem Gesichtspunkt der nationalen Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft Frankreichs wurde auch die gesamte Schuman-Plan-Debatte geführt - das Primat lag nie auf "Europäischer Gemeinschaft" - ja, sie wurde geführt unter dem Gesichtspunkt konkurrierender Nationalwirtschaften innerhalb der Montan-Union, wobei es den französischen Wirtschaftskreisen ausschließlich darum ging, die Entwicklungsmöglichkeiten Frankreichs zu erweitern und die Deutschlands zu "stabilisieren", d.h. auf dem gegenwärtigen Stand zu erhalten.

Was Deutschland in die Montan-Union einbringt

Der Berichterstatter des Parlamentes, Alfred Coste-Floret, führte wörtlich aus:

"Wenn man den Dingen auf den Grund geht, dann bemerkt man, daß in der Tat nicht abgestritten werden kann, daß Deutschland

in diese erste europäische Konstruktion einen zweifachen positiven Beitrag einbringt.

Auf der einen Seite akzeptiert Deutschland die Einbringung seiner Hilfsquellen. Das ist für dieses Land, das über einen Kohleüberschuß verfügt, ein Verzicht auf die Privilegierung der eigenen Verarbeiter. Von jetzt ab sind die deutschen Bezugsquellen zur Verfügung bei völlig gleichem Zugang aller zu den verschiedenen Bezugsquellen. Der zweite positive Beitrag Deutschlands besteht in der Entflechtung an der Ruhr. Man kann keine Machtpolitik betreiben, wenn diese Machtpolitik sich nicht auf ein Machtmittel stützen kann. Die Kohle ist dieses Machtmittel für Deutschland, die Ruhr war stets ein Machtfaktor, sie ist es nicht mehr, sie wird es nicht mehr sein ...

...Unter dem Gesichtspunkt der Stahlerzeugung gab es früher im Ruhrgebiet elf stahlerzeugende Unternehmen, die von sieben oder acht Personen kontrolliert wurden. In Wirklichkeit kontrollierten diese Leute nicht nur die deutsche Stahlindustrie, sondern auf Umwegen die französische Stahlindustrie und die europäische Stahlindustrie ...

...Nun, heute gibt es nicht mehr elf Gesellschaften, es gibt deren 19, und sobald die neue Organisation aufgrund des Gesetzes Nr.27 vollendet sein wird, werden 24 existieren".

Die Wirkung der Entflechtung

"Ich weiß sehr wohl, daß man darüber geschrieben hat, es sei in Deutschland eine Verbindung von Kohle und Eisen bis 75 Prozent aufrecht erhalten worden. Das ist völlig ungenau. Diese Verbindung von 65-70 Prozent ist nur für elf Werke von 24 aufrecht erhalten worden, weil das in diesen Fällen den natürlichen Gegebenheiten entspricht, da diese Werke auf der Kohle sich befinden.

Wenn Sie übrigens die exakten statistischen Zahlen haben wollen, die sich auf die gesamte deutsche stahlerzeugende Industrie beziehen, wenn Sie den Schritt nach vorn, der getan worden ist, ermessen wollen, dann genüge es Ihnen zu wissen, daß die Verbindung von Kohle und Stahl, die früher 56 Prozent betrug, auf 18 Prozent zurückgeführt worden ist. Das ist der Stand der Dinge, den der Schuman-Vertrag zu stabilisieren zum Ziel hat".

Außenminister Schuman:

"An dieser Stelle möchte ich kurz auf die Frage antworten, die mir durch M. de Moustier gestellt worden ist. Er hat mich gefragt, was aus der jetzt laufenden Entflechtung würde an der Ruhr. Der größte Teil dieser Entflechtung, die im Gesetz Nr.27 vorgesehen ist, ist beendet. Was noch zu tun ist, ist Sache der Alliierten.

Wie könnte man im gegebenen Augenblick diese einseitige Aktion der Alliierten ersetzen durch ein Übereinkommen mit der Bundesregierung? Das wird augenblicklich zwischen den Alliierten geprüft. Ich kann nicht sagen, zu welcher Lösung wir kommen werden, aber persönlich bin ich der Meinung, daß die Regierung die Vollmacht zur Ratifizierung nicht nützen würde, wenn sie nicht die Überzeugung hätte, daß die Entflechtung gesichert ist.

Die "Gegenleistung"

(Berichterstatter Alfred Coste-Floret)

"Aber jetzt meine lieben Kollegen, höre ich Ihren Einwurf: Wie kommt Deutschland dazu, Europa einen zweifachen Beitrag von dieser Bedeutung zu leisten? Wen wollen Sie glauben machen, daß Deutschland das ohne Gegenleistung tut?" (Zwischenruf von Pierre Cot: Timeo danacos!) Der Berichterstatter: "Gewiß, es kommt mir nicht zu, an Stelle der Regierung Westdeutschlands die Gegenleistung zu definieren. Aber ich gebe zu, daß der Kanzler Adenauer in seinen öffentlichen Erklärungen immer bestätigt hat, daß es eine Gegenleistung gibt, daß sie auf politischem Gebiet liegt, und daß Deutschland diesen Plan angenommen habe mit dem Ziel, dem eigenen Land und Europa die Errichtung eines neuen Totalitarismus zu ersparen".

Der Berichterstatter stellte also vor dem Parlament fest: Deutschland bringt zweierlei in die Montan-Union ein - den freien Zugang zu seiner Kohle und die Entflechtung, die der französischen Wirtschaft eine Garantie für ihre Konkurrenzfähigkeit mit der deutschen Wirtschaft gibt. Eine Gegenleistung materieller Art wird zunächst nicht erwähnt.

Die Stellung Frankreichs in der Montan-UnionDen Vorsprung halten

Berichterstatter Alfred Coste-Floret fährt fort:

"Man sollte nicht so naiv sein zu glauben, daß der Schuman-Plan ein Allheilmittel sei, das die Anstrengungen der Franzosen überflüssig mache. Man muß sich darüber klar sein, daß auch die Deutschen in der Ruhr investieren können, um ihre Produktion zu entwickeln, und sie beginnen jetzt, ein wenig verspätet gegenüber uns, damit. Aber wir werden den augenblicklichen Vorsprung halten, wenn wir unser Programm zu Ende führen und ein neues beginnen. Das ist der Grund, warum die Ausnutzung der französischen Industrie in einem Geiste der Konkurrenz auf dem Gebiete der Kohle der Weiterverfolgung unseres Investitionsprogrammes unterzuordnen ist".

Wir haben die Breitbandstraßen

"Die Stahlindustrie des Nordens ist in Bezug auf die Exporte über See in einer besseren Lage als die lothringische. Gegenüber der Ruhrindustrie genießt sie einen noch wirksameren geographischen Schutz.

Auf der anderen Seite wissen Sie, daß wir im Norden moderne Breitbandstraßen eingerichtet haben. Es gibt in Europa zwei Breitbandstraßen, und die genügen. Nun, diese Breitbandstraßen haben wir. Das ist ein wesentlicher Punkt, der die Stahlindustrie im Norden befähigen wird, ihren Platz zu behaupten und noch zu verbessern, sobald die größeren Auslieferungsgebiete als Folge der Errichtung des gemeinsamen Marktes geöffnet sein werden".

Lothringen als Konkurrenz der Ruhr

"Lothringen lieferte 20 Prozent unserer Kohle - in diesem Jahr elf Mio t - 95 Prozent unseres Erzes. Die Erzförderung in Lothringen ist die größte in ganz Europa.

Im lothringischen Becken sind alle Voraussetzungen gegeben, um daraus einen der am stärksten industrialisierten und der reichsten Bezirke der Welt zu machen. Lothringen könnte aufgrund der natürlichen Gegebenheiten ohne weiteres ein zweites Ruhrgebiet werden ..."

Robert Bichet, der Mitberichterstatler, führte zum gleichen Thema weiter aus:

"Lothringen ist augenblicklich gezwungen, in verhältnismäßig weit entfernten Gebieten Absatz zu suchen. Die Inkraftsetzung des Schuman-Planes wird ihm wahrscheinlich Absatzgebiete öffnen, die augenblicklich nicht gegeben sind, nach Süddeutschland und nach der Schweiz, die geographisch günstig liegen.

Unter diesen Bedingungen ist es möglich, zu behaupten, daß der Schuman-Plan keine Einschränkung für die Charbonnages de France mit sich bringen wird, sondern daß die jetzt bestehenden Produktionsziele sich von 54 Mio t auf 60 Mio t oder 65 Mio t im Jahre 1960 erhöhen wird."

Hier wird also angedeutet, daß die französische Wirtschaft, die auf billige Kohlenausfuhren aus der Ruhr reflektiert, zugleich an Kohlenausfuhren aus Lothringen zum Teil nach Deutschland und in die der Montan-Union nicht angeschlossene Schweiz denkt.

Bichet fährt dann fort:

"Die lothringische Stahlindustrie stellt unbestreitbar den wesentlichen Aktivposten in unserer Stahlerzeugung dar. Sie erzeugt 70 Prozent der gesamten französischen Produktion und ist begünstigt durch die Tatsache der nahen Erzvorkommen. Das ist ein Vorteil, dessen Bedeutung man daran ermessen kann, daß man für eine Tonne Roheisen rund eine Tonne Koke und zwei bis drei Tonnen Erz benötigt. In Anbetracht der Transportkosten für derartig voluminöse Materialien ist es offensichtlich billiger, die Kohle zum Eisen zu bringen anstatt das Eisen zur Kohle".

Zur Fortierung dieses Vorhabens - erhöhte Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft - werden weitere, zumeist staatliche Investitionshilfen geplant und in der Debatte der Nationalversammlung geht der Streit darum, ob diese Investitionshilfen, Subventionen, Anleihen, nach § 54 des Montan-Vertrages erlaubt sind. Flaret entfesselt die Debatte durch folgende Bemerkung:

"Wir sind - da wir seit der Befreiung die notwendigen Anstrengungen gemacht haben, in der Lage, mit unseren ausländischen Konkurrenten zu kämpfen. Aber diese Anstrengung muß fort dauern, weil, falls sie investieren, während wir unsere Investitionen abstoppen, die

Situation sehr rasch zu ihrem Vorteil geändert würde".

Auch Bichet schneidet dieses Thema an, indem er bemerkt:

"Im großen und ganzen könnte also eine Erhöhung der Produktivität um 25 Prozent im Vergleich zur heutigen Ziffer das Nordbecken gegen eine Ruhrleistung von 2000 kg wettbewerbsfähig machen. Ist es technisch möglich, eine Produktivitätserhöhung um 25 Prozent zu erzielen? Ich glaube, das bejahen zu können.

Frankreich entwickelt mit diesem Ziel augenblicklich ein Investitionsprogramm, das gegenwärtig in der Ausführung begriffen ist und ungefähr 1955 abgeschlossen sein wird. Aus diesem Grund wird das Nordbecken und das Becken Pas de Calais in der Lage sein, falls die Ruhr im Jahre 1955 2000 kg erreicht und unser Land sein Investitionsprogramm durchgeführt hat, mit der Ruhr zu konkurrieren".

Die diskriminierenden Fakten werden jetzt geschaffen

War oben über den Zweck der Investitionen etwas ausgesagt, so erklärt jetzt anschließend Finanzminister René Mayer die Art ihrer Finanzierung:

"Welches auch immer die Schwierigkeiten sein werden, in welchen wir uns befinden werden, um das Budget auszugleichen, so werden doch die Investitionen für 1952, was die Kohle angeht, keinesfalls angeführt. Ich stelle fest, daß nach den Vorschriften des Planes die laufenden Arbeiten und die bereits vorgesehenen, speziell bei den Kokereien, in den Jahren 1952, 1954 und 1955 geringere Aufwendungen für die Investitionen verursachen werden als im Jahre 1952 ...

Was den Stahl anbetrifft, so sieht der Plan, der von den Vertretern der interessierten Verwaltungen und der französischen und saarländischen Stahlindustrie ausgearbeitet wurde, eine jährliche Aufwendung von 50 bis 55 Milliarden Franken für die Investitionen im Bereich der Stahlindustrie für die nächsten Jahre vor".

Zinssenkung für Investitionskredite - und zwar sofort

"Die französische Stahlindustrie hat beim Credit National 35 Milliarden Franken aufgenommen, die in fünf Jahren zu amortisieren sind, zu einem Zinsfuß von sieben Prozent. Die Regierung wird vorschlagen, daß der Fonds für Modernisierung und Ausrüstung entsprechend den Fälligkeiten im Jahre 1952 und den folgenden, die Anleihen auf 30 Jahre zu einem Zinsfuß von viereinhalb Prozent übernimmt. Die hierfür erforderlichen fünf Milliarden Franken sind für 1952 im Budget für Investitionen enthalten.

Weiterhin hat die Stahlindustrie 57 Milliarden Franken zu sieben Prozent bei dem Fonds für Modernisierung aufgenommen. Die Regierung hat die Absicht, auch hierfür den Zinsfuß von sieben auf viereinhalb Prozent herabsetzen zu lassen".

Diese Zinssenkung wird also von der französischen Regierung, nach der Aussage des Finanzministers Mayer, vorgenommen werden,

bevor der Montan-Vertrag in Kraft tritt. In der Diskussion antwortet der Berichterstatter Floret dem Abgeordneten Maustier auf seine bange Frage, ob trotz solcher Hilfen Investitionen nicht durch die Hohe Behörde verboten werden könnten:

"Was gibt uns die Sicherheit, daß, wenn eine Investition in der Ruhr rentabler ist als in Lothringen, die Hohe Behörde nicht entscheidet, sie im Ruhrgebiet durchzuführen?"

Sehr geehrter Herr Kollege, was Ihnen die Sicherheit gibt, das ist der Buchstabe des Vertrages, da die Hohe Behörde keine Vollmacht hat, eine Investition in dem Moment zu verweigern, wo sie rentabel ist.

Wenn eine Investition 400 Franken pro Tonne an der Ruhr erbringt z.B. und 100 Franken in Lothringen, dann hat die Hohe Behörde nicht das Recht, zu entscheiden, daß diese Investition in Lothringen verboten sein soll ..."

Pierre Cot:

"Wo sehen Sie im Artikel 54 die Worte "rentable Investition"?"

Der Berichterstatter:

"Ich schließe sie aus den Worten: "Subventionen, Beihilfen, Schutzmaßnahmen oder Diskriminierungen, die im Widerspruch zu diesem Vertrag stehen". Es genügt Ihnen, die Artikel 2 und 3 anzusehen, um die Auslegung nachzuprüfen, die ich soeben gegeben habe".

Der Außenminister:

"Das stimmt".

Pierre Cot:

"Man sagt uns: Die Einrichtungen in Lothringen zur Kokserzeugung sind in jedem Fall rentabel. Aber wenn ... Deutschland vor der Hohen Behörde auftritt und sagt: Mit weniger großen Investitionen, daher weniger kostspielig, könnte ich für diesen Markt, den ihr organisiert habt, dieselbe Menge Koks erzeugen. In dem Augenblick wird jeder Buchhalter die Rechnung aufmachen können und Sie werden bemerken, daß die rentable Investition nicht die ist, die wir als notwendig, als wesentlich betrachten.

Frankreich, so wird die Hohe Behörde sagen, erbittet von mir einige hundert Millionen, um die notwendigen Anlagen für die Erzeugung von jährlich zwei Millionen Tonnen Koks errichten zu können. Deutschland gibt vor, mit sehr wenig Geld oder mit viel weniger Geld, dieselbe Menge Koks erzeugen und auf den gemeinsamen Markt bringen zu können. In diesem Falle, ist es ganz sicher, das liegt in der Definition, daß die rentabelste Investition die deutsche sein wird ..."

Der Außenminister:

"Sie haben mich nicht überzeugt".

Produktionsquoten - Kohlezuteilung

Über die Verteilung von Kohle und Stahl erklärte der Berichterstatter Floret vor dem Parlament das Nachfolgende:

"Wenn das Angebot von Kohle und Stahl sich nicht ausgleicht, dann sind der Hohen Behörde durch den Vertrag gewisse direkte

Eingriffrechte auf dem Markt zugestanden. Man muß unterscheiden, je nachdem, ob eine Mangellage oder eine Überschußlage vorherrscht. Aber der Artikel 59 sieht in den beiden Fällen, meine Damen und Herren, vor, und das ist ein wichtiger Punkt, daß diese Zuteilung unabhängig von dem Erzeugungsort vorzunehmen ist. Das will besagen, daß die Bevorrechtigung der deutschen Verarbeiter unterdrückt ist und daß der Kohleüberschuß der Ruhr zwischen den Mitgliedstaaten entsprechend den Bedürfnissen verteilt wird, und zwar ohne, wie früher, den Bewohnern Deutschlands eine Bevorzugung zukommen zu lassen. In der Überschußlage dann wird eine andere Art der Regelung vorgenommen. Nach einstimmiger Meinung des Ministerrats wird entschieden, daß Quoten festzulegen sind. Anschließend wird die Hohe Behörde diese Quoten auf einer angemessenen Basis auf die verschiedenen Staaten verteilen. Man muß dabei bemerken, daß die angemessene Basis nicht notwendigerweise bestimmte proportionelle Quoten bedeutet ..."

Dazu äußert in der Debatte Robert Lacoste:

"Indessen wäre es nötig, daß wir in diesem Pool einen ernststen Kampf führen, damit der Zuteilungsmechanismus an den Schwierigkeiten des procedere und des Prozessierens nicht festläuft, damit er regelmäßig funktioniert und die Interessen Frankreichs sicherstellt, denn vergessen wir es nicht, daß jede Tonne Kohle, die unserer Stahlindustrie verweigert wird, es möglich macht, ungefähr eine Tonne deutschen Stahl mehr auf dem gemeinsamen Markt abzusetzen ..."

Aber Frankreich wird allein über sein Erz verfügen

Finanzminister René Mayer:

"Wie dem auch sei, es gibt unter den Vollmachten der Hohen Behörde keine, die ihr das Recht gibt, die Erzgruben in Lothringen zu zwingen, mehr Erz herauszuholen als sie selbst es wollen. Sie können in diesem "Vertrags-Fluß" suchen, Sie finden darin keine Zeile, keinen Abschnitt, der die Hohe Behörde bevollmächtigt, einen mehr oder weniger raschen Abbau des Erzes zu fordern. Daher bleiben die Rechte der Gruben und die Rechte des Staates, der öffentlichen Gewalt, völlig unberührt".

Aber über die deutsche Kohle ist er folgender Ansicht:

"...Deutschland verliert im Falle der Mangellage noch das wenige, was ihm von dem Verbund Kohle-Stahl geblieben ist, und das man das Vorrecht des Erntenden genannt hat. Im Falle der Mangellage wird alles gemeinsam. Es gibt dann keine Verwandtschaft zwischen Kohle und Hütte mehr, und auf die Gesamterzeugung der Gemeinschaft bezieht sich dann das Zuteilungsrecht der Hohen Behörde".

Der gleichen Ansicht ist auch Außenminister Schuman:

"Alle Kohle und aller Koks, den die Erzeuger der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit benötigen, kommt in den gemeinsamen Topf und unterliegt der Zuteilung. Auf diese Weise werden diejenigen, die in normalen Zeiten 74 Prozent ihres Verbrauches aus eigenen Zechen decken, auch nicht zehn Prozent zurückhalten können. Alles wird in die Gesamtmasse hineingenommen und wird zuteilt. Das ist die Wahrheit".

Frankreichs Kolonien blieben draußen

René Mayer erklärte:

"Frankreich besitzt in Algerien, in Mauretanien, in Westafrika Erzvorkommen, von denen einige bereits ausgebeutet werden, bei anderen die Ausbeutung gerade begonnen wird und bei wieder anderen die Planung soweit fortgeschritten ist, daß sie ausgebeutet werden können. So z.B. die Vorkommen in Mauretanien, dessen Erz in seiner Qualität zum mindesten dem von Algier entspricht. Sie alle bilden eine kostbare Reserve für die Zukunft und Faktoren von Gewicht für internationale Handelsvertrags-Verhandlungen. Glauben Sie mir, wir haben mit voller Absicht, wenn auch manchmal nicht ohne Mühe, diese Elemente unseres nationalen Aktivums nicht in die Gemeinschaft mit hineinnehmen lassen".

... die Saar wurde einbezogen

Berichterstatteur Floret führt darüber aus:

"Auf der einen Seite legt der Vertrag die französische und die deutsche Vertretung auf paritätische Weise fest. Auf der anderen Seite entsprechend dem Abs.1 des Art.21 ist jeder der Hohen vertragsschließenden Teile vollkommen frei, um die Art der Bestimmung ihrer nationalen Vertretung in der Versammlung herbeizuführen. Aufgrund dieses Textes hatte Frankreich das absolute Recht, mit der Saarregierung ein Übereinkommen abzuschließen, nach dem gewisse Vertreter durch das saarländische Parlament benannt werden können. Aber, falls der Fall vorkommen sollte, wäre Frankreich vollkommen frei, entsprechend den Buchstaben des Abs.1, Art.21, seine Vertretung auf eine andere Weise sicherzustellen. Frankreich könnte daher heute sogar entscheiden, daß Vertreter französischer Nationalität die Vertretung des Saargebietes wahrnehmen sollten".

Und Außenminister Schuman ergänzte:

"Die andere Tatsache besteht darin, daß die französische Regierung die auswärtigen Beziehungen des Saargebiets sicherstellt, und das bleibt so, selbst wenn wir eine diplomatische Vertretung in Saarbrücken errichten. Diese zwei Tatsachen beherrschen den Vertrag, der Ihnen heute zur Ratifikation vorgelegt wird. Wenn er auch nur die Unterschrift Frankreichs trägt, so hat diese Unterschrift gleichwohl einen doppelten Charakter, und die deutsche Regierung weiß das".

Saar-Statut - für dauernd ?

Gaston Palewski:

"... Entweder ist das Saar-Statut für dauernd gedacht, und dann haben wir 18 Delegierte zusammen mit der Saar, d.h. Frankreich wird 15 anstelle von 18 haben; oder das Saar-Statut ist nicht für immer gedacht und in dem Fall, wie denken Sie sich die Vertretung der ungeheuren Bodenschätze, mit denen unsere Stahlproduktion

einschließlich Saargebiet sich auf 34 Prozent und diejenige Deutschlands sich auf 35 Prozent beläuft? Wenn das Saargebiet zu Deutschland zurückkehrt, dann würde die deutsche Produktion auf 42 Prozent steigen und unsere auf 27 Prozent sinken".

Der Finanzminister:

"Wir verwalten für 50 Jahre die Bodenschätze der Saar".

Die Ruhr-Behörde ist nicht ewig

In der deutschen Debatte um den Schuman-Plan ist immer wieder darauf verwiesen worden, daß die Hohe Behörde des Schuman-Planes nichts anderes darstelle, als die Ablösung der Ruhr-Behörde. Das ist von deutscher Regierungsseite immer wieder bestritten. In der Debatte des französischen Parlamentes aber kam zum Ausdruck, daß die französischen Politiker für ein Positivum ansehen, was die deutsche Opposition für das entscheidende Negativum der Montan-Union ansieht.

Berichterstatter Floret führte aus:

"Außerdem ist die Ruhrbehörde nicht ewig. Man sagte manchmal, und ich komme darauf noch zurück, daß Deutschland stark im Kommen ist. Ohne Zweifel, aber das Drama ist ja, daß Deutschlands Kommen niemals aufgehört hat seit dem Siege der Vereinten Nationen. Das Problem ist zu wissen, ob der Schuman-Plan im richtigen Augenblick kommt, um dieses Kommen zu stabilisieren oder im Gegenteil - wenn wir den Vertrag nicht ratifizieren - ihm erlaubt werden soll, so fortzufahren und die Rekonzentration an der Ruhr sich vollenden zu lassen.

Es ist nach dem Wortlaut des Vertrages, da es ja eine Mangellage gibt, die Zuteilung vorgesehen und, wenn die Ruhrbehörde sich nicht mehr einschaltet, dann wird die Hohe Behörde sie ersetzen. Ganz gewiß werden dabei die Vorrechte der deutschen Kohleverbraucher beseitigt werden".

Hohe Behörde ersetzt Ruhrbehörde

Pierre Cot:

"Ich hoffe, Herr Minister, daß Sie nicht dementieren werden, was ich jetzt sage: Seit einem Jahr ist es Deutschland gelungen, trotz der Internationalen Ruhrbehörde und bei gleichzeitiger Vermehrung der Produktion, seine Exporte ein wenig zu reduzieren, einen vorteilhaften Preis für seine eigenen Industrien im Inland und einen weniger vorteilhaften Preis für den Export festzusetzen.

Was die Internationale Ruhrbehörde nicht verbieten konnte, während es noch die Besetzung gibt, wie Sie sehr wohl wissen, glauben Sie wirklich ..."

Der Außenminister:

"Sie konnte das nicht untersagen. Das beweist, daß man etwas anderes braucht als diese Behörde".

Und René Mayer, der Finanzminister, klagte in der Debatte darüber, daß es zurzeit noch keine Hohe Behörde gäbe, die mit genügenden Vollmachten ausgestattet sei, indem er erklärte:

"Anstatt mit dieser Hohen Behörde zu arbeiten, die mit der Zuteilung beauftragt ist, haben wir Verhandlungen mit Deutschland zu führen auf dem Wege über die UEBG, Verhandlungen, von denen ich gesagt habe, wie schwierig sie wären".

Darum geht es also künftig: Hohe Behörde als Ersatz für Ruhr-Behörde, aber mit größeren Vollmachten ausgestattet als diese, damit sie in der Lage ist, die gegenwärtige deutsche Stahlerzeugung zu "stabilisieren", die Kohleerzeugung zu erhöhen, deutsche Investitionen unter Beihilfe von Subventionen oder sonstigen "diskriminierenden" Maßnahmen zu verhindern und dieselben Investitionen unter den gleichen Bedingungen in Frankreich zu übersehen, vielleicht sogar zu fördern. Es kommt für Frankreich darauf an, die lothringische Schwerindustrie auszubauen zu einem gegenüber der Ruhr-Industrie konkurrenzfähigen Gebilde, dafür auch den deutschen Absatzmarkt zu öffnen, zugleich aber die großen Erzreserven der französischen Kolonien im Hintergrund zu behalten, obgleich die Saar aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgehoben und dem französischen angefügt wurde.

Nach Ansicht der französischen Politiker und Wirtschaftler - und unter diesem Gesichtspunkt wurde die Debatte in der Französischen Nationalversammlung von der französischen Regierung gelenkt - ist der Zweck der ganzen Montan-Union nur die Niederhaltung der deutschen Wirtschaft auf ihrem gegenwärtigen Stand und die Vergrößerung der Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft gegenüber der Ruhr.

Dieses offizielle Vorhaben der französischen Politik und Wirtschaft bestätigt der Berichterstatter Floret, der die Bedenken der Abgeordneten der Französischen Nationalversammlung und auch der Presse zu zerstreuen sucht, indem er die deutsche Opposition zitiert, die allein den wahren Zweck der Montan-Union begriffen habe:

Alfred Coste Floret:

"Es ist deshalb falsch zu schreiben, wie gewisse Leute das getan haben, daß der Schuman-Plan das Vorrecht dieser (deutschen, d.Red.) Kohleverbraucher wieder herstellt. Prof. Fritz Baade hatte das gut verstanden, als er in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 10.7. 1951 die folgenden Zeilen schrieb, über die Sie bitte nachdenken wollen:

"Der Schuman-Plan schließt die Gefahr in sich, daß das Besatzungsrecht, das widerrechtlich ist, Teil des Völkerrechts wird, da wir selbst einen Ausschuß unser Recht abtreten, die Menge und die Preise der Kohle, die wir exportieren, festzusetzen. In diesem Ausschuß werden wir noch nicht 25 Prozent der Stimmen besitzen, während die anderen, die alle Kohlenbezieher sind, mehr als 75 Prozent der Stimmen besitzen und endlich, wir verzichten auf unser Recht für einen Zeitraum von 50 Jahren".

In einem Artikel, der am 8.11. im Populaire erschienen ist, wiederholt Dr. Schumacher die Erklärungen Baades in folgenden Wendungen:

"Die Hohe Behörde soll sich aus neun Mitgliedern zusammensetzen, davon zwei Deutsche und sieben Ausländer. Aber von diesen sieben Ausländern vertreten fünf die Länder, die für die Versorgung mit Kohle auf die Einfuhr angewiesen sind, während Deutschland mit seiner Minderheit von zwei Stimmen, die es den sieben anderen gegenüber ohnmächtig macht, das einzige Land ist, das Kohle ausführt. Es ist also gewiß, daß Deutschland mit diesem Vertrag auf die unmittelbaren Vorteile verzichtet, die ihm die diskriminatorischen Möglichkeiten bieten könnten, die es dank seiner großen Kohleproduktion hat".

Es dürfte auch für die bevorstehende Entscheidung der deutschen Bundestags-Abgeordneten von Bedeutung sein, sich dieser Situation klarzuwerden.

+ + +